

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Geld“ Nr. 6550-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangirgeld. 3. — vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Briefpost. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Deutsche Buchhandlung, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Extrakt.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 20 Bg. in beiden abwechselnd. Spalten; 25 Bg. für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bg. für lokale Werbefarben; 2 Bg. für auswärtige Werbefarben. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei mehrwöchiger Aufnahme unveränderter Anzeigen in festen Preisverhältnissen entsprechenden Rabatt.

Anzeigen-Ausnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr

mittags; für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gähnelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Stellen wird keine Gewähr übernommen.

Donnerstag, 12. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 71. • 62. Jahrgang.

## Deutschenheze.

(Von unserem Petersburger Mitarbeiter.)

—m— St. Petersburg, 7. Februar.

Was an Deutschenheze in der russischen Presse wieder einmal, und diesmal anscheinend unter jemandes gewichtiger Protektion, geleistet wird, geht auf keine Kuhhaut. Der Wahnsinn hat Methode. Während der letzten Balkankrise war Österreich der Vizekanzler für den im russischen Blute liegenden Deutschenhaß; doch, wenn damals auch Deutschland verhältnismäßig noch glimpflich behandelt wurde, so geschah das doch nur, um Mäßigung zwischen den deutschen Bundesgenossen hervorzurufen, um Wien bange zu machen, Berlin werde um der schönen Augen Mütterchen Russlands willen von seiner Mädelungentreue lassen, damit man in Wien nachgiebiger sei. Wenn man damals auf den Saß haute, meinte man in Petersburg immer doch den Esel, den Bangermanismus, der in allen österreichischen Schlägen und Ränken zu suchen sei. So lächerlich auch die Zusammenstellung Österreich und Bangermanismus klingt, so hat der panslawistische Wahnsinn doch, wie gesagt, Methode. Jetzt ist Deutschland in Armenien den Russen in den Weg getreten, in Konstantinopel die deutsche Militärmission aufgetaucht, jetzt wird nicht mehr auf den Saß gehauen, sondern auf den Esel, wenn dieser auch meint, es sei nur ein freundschaftliches Auf-die-Schulter-Klopfen.

Wenn Herr Markow, ehemals Vörsenreporter der Petersburger deutschen Blätter, jetzt Kaiserlich russischer Hofrat „v.“ Markow, öffentlich davon redet, daß Deutsche und Russen ein Herz und eine Seele seien und nebenbei noch die russischen Finanzen in überirdischem Lichte darstellt und die deutschen Vortragsbesucher in Frankfurt a. M. zu besetzten Schuldungstelegrammen an den russischen Finanzminister veranlaßt, kann es ihm ja blühen, daß er Kaiserlich russischer Kollegien- oder sogar Staatsrat wird, denn diese nichtsfolgenden Rangkügel sind in Russland wohlfeil wie die Brombeeren, kosten, wenn ich nicht irre, 500 Rubel, die Beziehungen werden deshalb jedenfalls nicht besser. Die „Nowoje Wremja“ spricht heute von der „deutschen Mission in Petersburg“. Gemeint sind damit die deutschen Ingenieure und Kaufleute, die an der Butilow-Fabrik arbeiten. (Das Abendblatt veröffentlicht eine lange Liste der Namen dieser Herren.) In der allgemeinen Verwaltung: Vizepräsident Kurt Orbanowski, Reichsdeutscher, Vohl, Gehilfe des Direktors der mechanischen Abteilung, Reichsdeutscher, Bauer, Handelsdirektor, Reichsdeutscher, Asmusen, Ingenieur von Vlohm und Voh. Es folgen 18 weitere Namen, darunter ein deutscher russischer Untertan. Über dieser Liste steht: In seiner Fürsorge dafür, daß die Seestreitkräfte des Reichs schnellstens und möglichst vollkommen wiederhergestellt werden, hat das Marineministerium bekanntlich die Arbeit an ihrer Wiederherstellung fast ausschließlich den Deutschen anvertraut. Damit die Namen der verehrten Mä-

walter, die vom „Vaterland“ an das kalte Rewagefeste gekommen sind, nicht in der Lethe versinken, damit alle, wenn die Stunde kommt, es wissen können, wenn sie ihren Vödling für die selbstlose Arbeit zum Nutzen Russlands zu machen haben, führe ich die Personalien der Verwaltung und der Angestellten der Butilow-Werft an. . . .

Zum Schluß heißt es: „Außer diesen obersten Angestellten sind 60 Prozent der Werftangestellten Reichsdeutsche, Meister, Instrukteure und Brigadiere; etwa 6 Prozent der Arbeiter sind auch Reichsdeutsche, die im gegebenen Falle zur auserwählten Nation gehören. Das ist um so sonderbarer, als alle anderen Abteilungen dieses großen und prächtig eingerichteten Werks (Butilow) unter Leitung russischer Ingenieure stehen und von russischen Arbeitern bedient werden.“

Der Artikelschreiber scheint gut informiert zu sein, aber die Wahrheit seinen Lesern geflissentlich vorzuenthalten. Sonst würde er mitteilen, wo die Ingenieure herkommen, daß Vlohm und Voh sie mit nach Petersburg gebracht haben, da das Ministerium die von der Butilow-Werft gebauten Schiffe dieser Firma übertragen hat, dann aber die hinter dem Butilow-Werft stehende russisch-asiatische Bank zwei französische Aufsichtsräte der Firma Schneider-Creusot in die Werftverwaltung gesetzt hat und das ganze Werk an diese Firma abgegeben will, daß Schneider und Delcaux als Agent der Firma die Ente über Krupps-Attentat auf den Völk der Butilow-Werke haben flattern lassen, damit Creusot die Pariser Geldgeber gefügiger finde. . . . etwas sehr viel Schmutz haftet an dieser franco-russischen Aktion. Jetzt kommt die Denunziation hinzu. Die „Nowoje Wremja“ und ihr Abendblatt und der „Swet“ schwärzen so, als gelte es das Kapital zu retten. Die „Nowoje Wremja“ tut so, als wollten die Deutschen die ganze russische Beherrschung in ihre Hände bekommen. Mit tiefem Pathos weist das Blatt darauf hin, daß es der russischen Presse strengstens verboten ist, etwas über die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu schreiben, daß aber in der deutschen Presse ganz genau zu lesen sei, wie der Kaiserliche Kriegshafen aussehe, daß die Zeichnungen der künftigen russischen Kriegsschiffe mit allen Einzelheiten in den deutschen Fachblättern zu finden seien usw. Das Marine-Reisefort kümmert sich nicht darum, daß zum Bau der russischen Schiffe lauter deutsche Ingenieure hinzugezogen werden, die all die Geheimarbeiten vornehmen, die die russische Öffentlichkeit nicht besprechen dürfe, daß die deutsche Verwaltung der Butilow-Werft alle Maschinen, Werkbänke, Gebläse, Werkzeuge auf den deutschen Werken „Vulkan“, „Schroder“, „Troske“, „Deutsche Maschinenfabrik“ u. a. bestelle. Das Schicksal der russischen Flotte werde vom guten Willen der Deutschen abhängig gemacht, die im Falle eines Krieges an der Westfront in der russischen Flotte allerlei Unglücksfälle eintreten lassen und die Werke im Stiche lassen würden, da sie deutsche Reserveoffiziere seien. Die russische Pulverfabrik sei eine Filiale der reichsdeutschen Fabrik „Carbonit“, ihre Leiter seien sämtlich Deutsche. Das Artilleriehaupt- polygon (Schießplatz) sei allen Russen unzugänglich.

doch der Vertreter der „Rheinischen Metall- und Maschinenfabrik“ in Düsseldorf, Major Goebel, dürfe diese Schießstände besuchen. . . .

Anlässlich dieser Heze muß gesagt werden, daß es für Deutschland wahrlich besser wäre, wenn die russische Flotte nicht von gewissenhaften Deutschen, sondern von russischen Ingenieuren hergestellt werden würde; gegen ein Trinkgeld ließen sich dann alle russischen Geheimnisse erwerben, und es würde gebaut werden, daß Gott erbarm. Aber es handelt sich beim patriotischen Geizhals der nationalstiftischen Presse nicht darum, die Arbeit russischen Ingenieuren zukommen zu lassen, sondern die „patriotischen“ Blätter stehen im Solde der englischen und französischen Werke und schreiben wie die Fuhrleute, die einen Balken dafür erhalten.

Bedauerlich ist aber, daß es beim Zwißwalt im russischen Kabinett möglich geworden ist, daß ein Minister die Schreier unterstützt, während der andere die Arbeiten an Deutsche vergibt. . . .

## Deutsches Reich.

LC. Dem zu früh verstorbenen Leiter der Dalcroze-Schule in Hellaan, Wolf-Dohn, widmet Abg. D. Raumann, der ihm in mancher Beziehung nahestand, in der neuen Nummer der „Hilfe“ einen warmempfundenen Nachruf. Es heißt da: „Seine Augenblicke war leicht, verbindlich, fast träumerisch weich, aber drinnen war er unerbittlich in der Absicht, das Begonnene durchzuführen. . . . Dabei aber blieb er als Mensch immer noch etwas anderes als nur der Träger einer einzelnen Sache. Mitten während der Festspiele sprach er über Philosophie und Politik und vieles andere mit dem guten Verstand eines lebenskundigen Mannes. . . . Wir denken noch einmal, was er uns gewesen ist als Mitgesellschafter des „Hilfe“-Verlags und als Helfer in früheren Wahlkämpfen. Noch heute klingen seine ruhigen, eindringlichen und so wenig parteigeschäftlichen Reden bei denen nach, die sie hören konnten. Er suchte überall das Persönliche, Menschliche, die wertvolle innere Bewegung.“ — Über den Tod von Dr. Wolf-Dohn waren übrigens, wie wir aus Berlin meldeten, Gerüchte verbreitet, nach denen der Begründer von Hellaan nicht das Opfer eines Unglücksfalles geworden, sondern wegen Schwierigkeiten in seinen Unternehmungen freiwillig seinem Leben ein Ende gesetzt habe. In unserer Mitteilung vom 6. Febr. war jedoch mit dem Hinweis auf die Familie des Verstorbenen schon erwähnt, daß von solchen Schwierigkeiten nicht mehr die Rede sein konnte. Der Verunglückte sah, wie uns jetzt aus Hellaan noch geschrieben wird, mit großen Hoffnungen in die Zukunft und trug sich mit neuen Plänen, wie aus nachstehendem Brief an den Stuttgarter Generalmusikdirektor Professor Dr. Max v. Schilling vom 30. Januar hervor, der am Fuße des Montblanc geschrieben ist und den der Adressat freundlich zur Verfügung stellte: „Verehrter Herr Doktor! Ich komme aus der Schweiz wahrlich endlich über Stuttgart und würde Sie gerne besuchen. Ich kann aber erst Mitte der Woche überleben, an welchem Tage ich durch Stuttgart komme. Darf ich dann telegraphisch anfragen, ob und wann es Ihnen paßt? Ich möchte gern einmal in aller Ruhe Ihren Rat über weiteren Ausbau der Schule in Hellaan, einen eventuell zu gründenden Dalcroze-Verein u. a. m. viel-

## Was nach dem Zusammenbruch?

(Von unserem mexikanischen Spezial-Korrespondenten.)

Tampico, im Januar.

Wir sitzen in Tampico fest, ohne uns recht rühren zu können. In allen Richtungen Rebellen, so daß es eine gefährliche Geschichte ist, die beschriebene Weiterreise gegen Süden, nach der Hauptstadt Mexico-Stadt, anzutreten. Die Rebellen haben nun so ziemlich von allen nördlichen Staaten Besitz ergriffen und die Regierungstruppen Quertaras nach dem Süden zu oder über die amerikanische Grenze gedrängt. Carranzas Führer haben die fast unbestrittene Kontrolle des Nordens von Mexico, und da es hier auch, trotzdem diesbezügliche Nachrichten in der mexikanischen Presse mit eiserner Faust unterdrückt werden, mit großer Bestimmtheit heißt, daß Quertara das Geld knapp geworden sein soll, so wäre es nicht mehr ein Ding der Unmöglichkeit, daß der tollkühne und wirklich fähige frühere Bandit und jetzige Rebellenführer Francisco Villa seine etwa 20 000 Mann starke Truppendivision im Siegeszuge bis vor die Tore von Mexico-Stadt bringt.

Es ist eine ganz merkwürdige Geschichte. Nahezu alle Ausländer, mit denen ich in den Nordstaaten von Mexico in den letzten sieben bis acht Wochen zusammengekommen bin — ganz gleich ob Amerikaner, Deutsche, Engländer, Spanier oder sonst etwas — gehen in verborgenem Privatgespräch, so daß es kein Mexikaner vernommen kann, unumwunden zu, daß sie nichts anstehen sehen würden, als einen entscheidenden Sieg der Rebellen und einen Mann wie Carranza als Präsidenten des Landes. Ein jeder gibt, wenn keiner es hört, es unumwunden zu, daß der gegenwärtige Diktator ein ausgesprochener Spießhütten ist, der nur in seine eigenen Taschen hineinkassieren möchte, aber auf der anderen Seite wird überall mehr als deutlich angezeigt, daß man Quertara zurecht für den

einzigen Mann in ganz Mexico hält, der persönlich stark, energisch und auch rücksichtslos genug ist, das unglückliche Land wieder friedlicheren und gesünderen Zuständen entgegenzuführen. Die Ausländer wissen, daß Konzeptionen unter Quertara einen schönen Waben Geld kosten werden, aber sie glauben auch, daß der Diktator der Mann dazu ist, diesen Konzeptionen den nötigen Schutz angedeihen zu lassen, wenn man ihm die Gelegenheit und besonders das nötige Geld dazu gibt, sich jetzt in den Sattel zu setzen und sich auch im Sattel zu halten. Besonders die Engländer, die ich getroffen und gesprochen habe, sind dieser Ansicht und sind fest überzeugt, daß ihre Landsleute zu Hause, besonders die Londoner Pearson-Gruppe mit dem Lord Cowdray an der Spitze, den Präsidenten Quertara nicht in finanzieller Hinsicht im Stiche lassen werden, zumal es auch heißt, der neue englische Gesandte Sir Lionel Gordon sei nur nach Mexico-Stadt geschickt worden, um verschiedene Konzeptions-Abkommen mit Quertara im Namen englischer Finanzgruppen zu treffen. Dies wurde mir von zwei englischen Geschäftsführern berichtet, die hier in der Nähe von Tampico selbst Konzessionen haben, also die Sache wissen sollten.

Quertara gilt bei allen Ausländern fast in Mexico als „der starke Mann“ der mexikanischen Nation. Man haßt, fürchtet oder verachtet ihn, aber man glaubt, daß man einen solchen Mann allein unter den jetzigen Umständen brauchen kann. Ich habe auch nicht einen einzigen Ausländer getroffen, der die abwartende und, wie man hier sagt, kniefache Haltung der Vereinigten Staaten gebilligt hätte. Entweder Intervention mit Waffengewalt oder Anerkennung und Unterstützung von Quertara — diese beiden Wege hat man mir überall als die allein möglichen angegeben. Die Ursache dieser Anschauung, die allen außerhalb des Landes weilenden anfänglich unverständlich sein muß, ist mir nach und nach klar geworden: Sie liegt in der absoluten Unfähigkeit der mexi-

kanischen Bevölkerung, auch nur den Abglanz einer auf wirklich republikanischer Grundlage beruhenden Volksherrschaft durch das Volk und für das Volk, auf demokratischen Prinzipien beruhend, zu schaffen und aufrecht zu erhalten.

Venustiano Carranza, der anerkannte Führer der Rebellen, nennt sich „Präsident der Konstitutionalisten“, also jener Partei, die die die sich sehr schön, aber in der Praxis nur tote Buchstaben bedeutende Landesverfassung von Mexico wieder zu Ehren und Ansehen bringen möchte. Ich bin häufig mit ihm zusammengetroffen, als er noch unter Maders Kriegssekretär und später Gouverneur des Staates Coahuila war. Ein eigenartiger Mensch unter diesen Halbbarbaren, die eine Erziehung höchstens dazu benutzen, sich auf Kosten der Unerschrockenen zu bereichern. An Intelligenz Quertara mindestens gleich, wenn nicht überlegen, macht er nach außen hin einen stillen, ruhigen Eindruck, und doch ist auch er von einer für europäische Begriffe geradezu unverständlichen Grausamkeit des Charakters, deren furchtbare Auswirkungen in einem furchtbaren Widerspruch zu seinem ruhigen Auftreten stehen. Ob er es wirklich ehrlich in seiner ausgesprochenen Absicht meint, die Verfassung des Landes wieder zu Recht zu bringen, weiß man nicht. Die Ansichten darüber sind sehr geteilt. Er ist einer der reichsten Grundbesitzer des Landes und soll Millionen sicher im Auslande untergebracht haben, so daß es also nicht die Sucht nach Reichtum sein kann, die ihn nach dem Präsidentenstuhle gelüftet läßt. Wahrscheinlich ist es ein unbewußtlicher Ehrgeiz, der unter der ruhigen Oberfläche schlummert und ihn ins Feld getrieben hat.

Die für das Ausland bedeutungswolle Frage ist nun: Könnte Carranza, wenn er wirklich anerkannter Präsident des mexikanischen Staatenbundes würde, sich halten, und wäre begründete Aussicht vorhanden, daß er das Land einer friedlicheren Zukunft entgegen führen könnte? Könnte er den jetzigen Anrufen ein Ende bereiten und in erster Linie die Un-



leicht kann ich es so einrichten, auch etwas von Ihrer Oper zu sehen. Erklären Sie also nicht, wenn Sie am Donnerstag nächster Woche ein Telegramm erhalten! Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen, grüßt Sie Ihr Ihnen sehr ergebener Wolf-Dohren." — Danach erscheint es um so befallender, daß ein jünger Tod den tatkräftigen Mann mitten aus seinem Planen und Schaffen herausgerissen hat.

\* Der Zentralverein für deutsche Seemannschaft hält am 25. Februar im Festsaal der Handelskammer zu Berlin seine diesjährige Hauptversammlung ab. Neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten steht auf der Tagesordnung ein Lichtbildvortrag des Herrn Oberbaurat Hermann-Essen über den Rhein-Weser-Kanal.

\* Das Pfandrecht bei den Privatangehörigen. Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft haben den Reichsfiskus in einer Eingabe gebeten, dahin zu wirken, daß ebenso wie bei Beamten auch bei Privatangehörigen nur ein Drittel des 1500 M. übersteigenden Einkommens gepfändet werden darf. Freilich müßte dann dafür gesorgt werden, daß dieses Drittel, ebenso wie beim Beamten, den Gläubigern verbleibe und ihnen nicht durch die 1500-Mark-Verträge entzogen werden könne.

\* Statistik der ansteckenden Krankheiten. Nach den Veröffentlichungen im „Ministerialblatt für Medizinallangelegenheiten“ sind im preussischen Staate in der Zeit vom 30. Nov. bis zum 31. Dezember 1913 nachstehende Erkrankungen (Todesfälle) an übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Ausfall — (1), Diphtherie 9438 (645), Fleckfieber 1 (—), übertragbare Genickstarre 9 (3), Kindbettfieber 454 (124), Spinale Kinderlähmung 37 (4), Körnerkrankheit 1137, Lungen- und Keuchhustenfieber 8134, Milzbrand 11 (3), Pocken 1 (—), übertragbare Ruhr 17 (1), Rotz — (1), Scharlachfieber 7535 (355), Unterleibstypus 769 (82), Wundheilungen durch tolle oder tollwutverdächtige Tiere 13 (—). Von den Erkrankungen (Todesfällen) an Genickstarre entfielen 4 (2) auf Westfalen, 2 (—) auf die Rheinprovinz und 3 (1) auf die übrigen Provinzen.

\* Die Bankbeamten und der Organisationsgedanke. Unter diesem Titel ist dieser Tage im Verlag des Deutschen Bankbeamten-Vereins, Berlin, eine von H. Deder-Brandt a. M. verfaßte Broschüre erschienen, welche an Interessenten kostenlos abgegeben wird. In diesem Werkchen wird die Entwicklung des Organisationsgedankens unter den Bankbeamten Deutschlands von den ersten Anfängen an bis zur Gegenwart eingehend geschildert. Trotz der vielfachen Hindernisse ist heute schon über die Hälfte der deutschen Bankbeamten in eigenen Berufsverbänden organisiert. Drei Organisationen haben sich gegenwärtig der Rang abgelaufen, der nach gewerkschaftlichen Grundsätzen arbeitende Deutsche Bankbeamten-Verein, der auf paritätischem Boden stehende Verein der Bankbeamten in Berlin und der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten, der nach radikal-gewerkschaftlichen Richtlinien seine Arbeit einrichtet und als Mittel auch den Streit propagiert. Der größte unter diesen Verbänden ist der Deutsche Bankbeamten-Verein mit 30 000 Mitgliedern. Die Erfolge dieses Vereins gewinnen, wie der Verfasser sagt, um so mehr an Bedeutung, als sie in friedlicher Verhandlung mit den Arbeitgebern errungen wurden. Dem Wirken des Deutschen Bankbeamten-Vereins verdanken die Bankangestellten die neutrale Bankbeamten-Pensionskasse, an 221 Orten den Samstagsfrühstück, an 240 Orten die wöchentliche Sonntagsruhe.

#### Rechtspflege und Verwaltung.

— Wirtschaftliche Fortbildungskurse für Juristen. Soeben wird ein ausführlicher Bericht veröffentlicht über die „Wirtschaftlichen Fortbildungskurse für Juristen“, welche die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin in Verbindung mit dem Deutschen Anwaltsverein in Leipzig, der Anwaltskammer zu Berlin, dem Berliner Anwaltsverein und dem Verein für „Recht und Wirtschaft“ in der Zeit vom 20. Okt. bis 14. November 1913 veranstaltet haben. Die Kurse haben einen außerordentlichen Erfolg gehabt. Die Gesamtzahl der Teilnehmer betrug 1465, eine Zahl, die in Deutschland von ähnlichen Veranstaltungen wohl noch nie erreicht wurde. Mit besonderer Befriedigung wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß nicht nur Juristen, sondern auch Kaufleute den Kursen das regste Interesse entgegenbrachten und daß es als ein besonderer Gewinn der Kurse zu bezeichnen ist, daß sie nach Entschiedenheit und Verlauf mitgewirkt haben, zwei für unser staatsliches, soziales und wirtschaftliches Leben so bedeutende Berufsgruppen in ihrer Anschauungsweise einander zu nähern.

#### Parlamentarisches.

× Der Rückgang der Reichspartei. Im Jahre 1878 zählte die Fraktion der Reichspartei im Reichstag nicht weniger als 57 Mitglieder. Diese Zahl aber ging im Laufe der Jahre immer mehr zurück. Bei den Blockwahlen des Jahres 1907 vermehrte die Reichspartei immerhin noch 25 Mandate zu be-

haupten. Die letzte Reichstagswahl aber warf die Reichspartei arg zurück. Nur noch 13 Mandate konnte sie behaupten. Durch den Zutritt des Abg. Warmuth stieg die Fraktionsziffer wohl vorübergehend auf 14. Die Zahl aber reichte nicht hin, der Fraktion eine Vertretung in den Kommissionen zu sichern, da hierzu 15 Mitglieder erforderlich sind. In einem Zeitraum von etwas mehr als einem Jahre kamen dann nicht weniger als 5 Mandate der Reichspartei zur Erledigung. Im Dezember 1912 legte v. Halem sein Mandat für Schwabens infolge drohender Ungültigkeitserklärung erstmals nieder und am 5. Februar 1914 zum zweiten Male. Das Mandat des Abg. v. Dercken für Jüterbog wurde am 3. März 1913 für ungültig erklärt. In der Erbschaftswahl fiel es an die Sozialdemokratie. Das Mandat für Lobau-Rosenberg dagegen wurde nach dem Tode des Abg. Jörn von der Reichspartei behauptet. Das Mandat des Abg. v. Riebert, welches dieser niederlegte, ist noch nicht erledigt. So zählt die Reichspartei jetzt nur noch 11 Abgeordnete.

#### Heer und Flotte.

v. L. Der große Frühjahrsmannschaftswechsel. Binnen der nächsten zwei Monate sollen, wie in Heereskreisen verlautet, noch mindestens weitere zwölf Divisionen und Kavallerieinspektionen neu besetzt werden. Auch ist, nach dem alljährlich um diese Zeit sich wiederholenden Brauch, an etwa vierzig Brigaden und Regimentskommandeuren der Infanterie sowie fünfzehn der Kavallerie und Feldartillerie, zumeist schon im Januar, die Mitteilung ergangen, daß man höheren Orts über ihre Stellung anders zu verfügen gedenke, also der Abschluß ihrer militärischen Laufbahn bevorstehe. Da auch zahlreiche Verabschiedungen bei den Bataillons- und Abteilungs-kommandeuren vorgenommen werden sollen, so dürften durch diese Maßnahmen die Beförderungsbefähigungen der Armee für die Allgemeinheit auf der gleich günstigen Stufe gehalten bleiben, die sie durch die Vermehrungen der Wehrvorlage erreicht haben. Es wird voraussichtlich auch im militärischen Jahre 1914 der Leutnant nach 13½ bis 14jähriger Offizierdienstzeit den zweiten Stern des Hauptmanns erreichen, der Hauptmann nach 9½ bis 10 Jahren die Rantillen des Stabsoffiziers erhalten. Die früher so gefürchtete Majorrede, an der ein großer Teil der älteren Hauptleute scheiterte, gibt es in der Praxis schon lange nicht mehr. Sie wird in der früheren Form kaum wieder auftauchen. Dagegen werden Verabschiedungen unter den Stabsoffizieren in weit größerer Zahl als bisher erfolgen und erfolgen müssen, sollte nicht das eben etwas in Fluß gebrachte Advancement wieder bedenklich stehen.

Schiffsnachrichten. Eingetroffen: S. M. S. „Gneisenau“ am 8. Febr. in Swinemünde (Nordhorn), S. M. S. „Torpedoboot S. 90“ am 9. Febr. in Rastatt. S. M. S. „München“ am 8. Febr. in Kiel.

#### Deutsche Schutzgebiete.

KK. 30 Jahre in Kamerun. Der langjährige Leiter der Dörschpaffsplanung, Herr Georg Waldau, feierte vor kurzem das Jubiläum seines 30jährigen Aufenthalts in Kamerun. Damit dürfte wohl bemessen sein, daß das als inderstisch verschrieene Klima Kameruns besser ist als sein Ruf.

Einführung allgemeiner Wahlen auf Samoa. Auf der Dezember-Tagung des Gouvernementsrates von Samoa kündigte der den Vorsitz führende Gouverneur Dr. Schulz den Entwurf einer Verordnung an, durch welche die Mitglieder zum Gouvernementsrat in Zukunft aus allgemeinen Wahlen der weißen Bevölkerung des Schutzgebietes berufen werden sollen, während sie bisher vom Gouverneur ernannt wurden.

Eine Samoa-Gedenkfeste in Kiel. Am 16. März 1914 sind 25 Jahre verflossen, daß der verheerende Orkan in Apia der deutschen Marine schwere Verluste an Menschenleben und Schiffen brachte. Dem Gedenken der in jenem Orkan ertrunkenen Kameraden sowie derer, die in dem blutigen Gefecht bei Pelele am 18. Dezember 1888 den Heldentod starben, soll eine hierauf bezügliche Feier gelten, die am 16. März in Kiel stattfinden soll. In einem Aufrufe werden nun alle Kameraden der ehemaligen Besatzung S. M. S. „Olga“, „Adler“ und „Eber“, welche in den Jahren 1888 bis 1889 auf diesen Schiffen dienten, aufgefordert, sich an dieser Gedenkfeste zu beteiligen. Es ist Vorsorge getroffen, daß allen unbemittelten Teilnehmern kostenloser Beförderung, Logis und Verpflegung zuteil wird. Um möglichst umgehende Anmeldung, Spätestens jedoch bis zum 1. März, wird von dem Veranstaltungsausschuß gebeten. Alle Mitteilungen nimmt im Auftrage des damaligen Kommandanten S. M. S. „Olga“, des Kapitän zur See Freiherrn von Erhardt, für die sämtlichen Beteiligten Telegraphensekretär A. Böggerau in Hamburg, Böhlstraße 82, entgegen.

Kleiner Rebellengruppen, noch keine hunderttausend Mann unter Waffen stehen. So bedeutet Villa eine Macht, die unter Umständen seinem jetzigen Freunde und Vorgesetzten Carranza sehr gefährlich werden mag, was der letztere schon jetzt mehr als alles andere fürchten soll.

Die Verfassung des Landes würde für Carranza, wenn er Präsident werden sollte, noch besonders dadurch erschwert, daß viele jehige Rebellen, die sich wenigstens dem Namen nach unter seine Führung gestellt haben, dann sehr bald wieder zu ihrem früheren einträglichen Vandalenberufe zurückkehren würden. Jeder Staat hat in Mexiko hat seine eigenen Vandalenbanden, die sich jetzt aber Holz Rebellen oder Konstitutionalisten nennen, aber sich kaum je dazu entschließen werden, über das Gebiet ihres oder ihres Nachbarnstaates hinaus etwas für Carranza zu tun. Daß diese Vandalen dann plötzlich zu friedlichen und ordnungstrebenden Bürgern werden sollten, ist ausgeschlossen, ebenso wie auch gar nicht daran zu denken ist, daß der ständige Revolutionär und Generalbandit Zapata in den mexikanischen Südstaaten je Ruhe geben wird, ehe er nicht gefangen und aufgehängt worden ist.

Als Porfirio Diaz unbeschränkter Machthaber von Mexiko war, da wurde er als Tyrann, Diktator, Gewalttäter und alles mögliche andere bezeichnet. Und doch sieht man jetzt in der praktischen Wirklichkeit, daß Diaz seine Vandalen gut genug gekannt hat, um ihnen eine Regierung zu geben, bei der er zwar selbst nicht zu kurz kam, die aber das Land einer wirtschaftlichen Entfaltung und friedlichen Entwicklung entgegenführte. Er prüft auf die Vandalenverfassung und richtete sofort eine vollständig zentralisierte Autokratie-Regierung ein. Er und sein allmächtiger Minister für Gobernacion suchten sich die Männer aus, die ihnen als Gouverneure für die Einzelstaaten genehm waren und auf die sie sich verlassen zu können glaubten. Diesen Leuten wurde dann unter der Hand mitgeteilt, wie viel sie jeden Monat für ihr Amt zu zahlen hätten, und wenn sie damit einverstanden waren, wurden sie ohne weiteres ernannt und blieben auch im Amt, solange sie

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

— Allgemeine Ortskrankenkasse. Der Kassenvorstand, der demnächst über die Anträge auf Befreiung der Dienstboten von der Krankenversicherungspflicht zu entscheiden hat, macht nochmals darauf aufmerksam, daß derartige Anträge jetzt noch zurückgenommen werden können, da es, wie die Erfahrung in der kurzen Zeit schon gelehrt hat, für die Arbeitgeber, abgesehen von der finanziellen Frage, erhebliche Nachteile mit sich bringt, bei jedem Dienstbotenwechsel den Antrag zu erneuern. Der Kassenvorstand hat schon früher darauf hingewiesen, daß er hinsichtlich der Befreiung beider Teile keineswegs geonnen ist, die Abwidlung dieser Geschäfte zu erleichtern, er hält sich im Gegenteil streng an dem Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 4. Dezember 1913, in welchem darauf hingewiesen wird, daß bei Prüfung der Befreiungsanträge die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers im Interesse der Krankenkasse einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen ist, weil die Kasse dem Befreiten auf Antrag die jahungsmäßigen Leistungen gewähren muß, wenn der Arbeitgeber die Krankenunterstützung nicht im vollen Umfang leistet. Es ist auch schon bekannt gegeben, welche Unterstufungen der Dienstboten zu fordern hat, und es bedarf deswegen nur des nochmaligen Hinweises, daß im Fall einer stattgegebenen Befreiung der Arbeitgeber vollständig an Stelle der Kasse tritt, ohne daß er dazu berechtigt wäre, seinen Dienstboten hierfür zu irgend einer Gegenleistung heranzuziehen. Es ist selbstverständlich, daß ein Dienstbote auch noch dann Ansprüche stellen kann, wenn er lange nicht mehr im Dienst des Antragstellers steht, ebenso selbstverständlich ist es, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes der Antrag für sämtliche Dienstboten gilt und daß diesen auch die Unterstützung für ihre erkrankten Familienangehörigen von der Herrschaft zu teil werden muß, so weit es die Satzung der „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ vorsieht.

— Gewerbegericht. Nach dem eben ausgegebenen Bericht über die Tätigkeit des Gewerbegerichts im Jahre 1913 hielt dasselbe 62 Sitzungen ab, betrug die Zahl der Streitigkeiten 452 und kamen hinzu aus dem Vorjahr 16. Erledigt wurden davon durch den Vorsitzenden allein durch Vergleich 100, durch Juridiktur der Klage 18, durch Anerkenntnis 7, durch Veräurteilung 38, auf andere Weise 254, zusammen 417; vor beständigem Gericht durch Vergleich 5, durch Endurteil 14, auf andere Weise 9, zusammen 28; unerledigt blieben am Jahresabschluß 7 Fälle. Von den anhängig geordneten Sachen betrafen Rechtsstreitigkeiten von Arbeitgebern gegen Arbeiter 20, von Arbeitern gegen Arbeitgeber 448. Die Rechtsstreitigkeiten betrafen Wiederaufnahme der Arbeit, Schadensersatz wegen Verlassens der Arbeit und Nichtantritt der Arbeit, Zahlung rückständigen Lohns, Ausstellung oder Zurückgabe von Zeugnissen usw. Am stärksten vertreten waren bei den Klagen das Holz- und Sägewerke, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, das Baugewerbe, das Fuhrgewerbe und die Bekleidungsindustrie. Von den anhängig gemachten Klagen entfielen die meisten auf den Monat September, die wenigsten auf den Monat Dezember. Nach dem Wertgegenstand berechnet entfielen auf bis 20 M. einschließend 185, von 20 bis 50 M. 137, von 50 bis 100 M. 80, von mehr als 100 M. 44. Die überwiegende Zahl der Fälle wurde in 1 bis 2 Wochen, der allergrößte Teil der übrigen Fälle in 1 bis 3 Monaten erledigt. Verurteilungen wurden im Berichtsjahr in keiner Sache eingelegt. Im abgelaufenen Jahr wurde das Gewerbegericht fünfmal als Einigungsamt in Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Maschinenbau, Tiefbau- und Walzgewerbe angerufen. Die Einnahmen betrugen 135 M. 45 Pf., die Ausgaben 205 M. 31 Pf., die Mehrausgaben 150 M. 86 Pf.

— Kaufmannsgericht. Die Gerichtsschreiberei des Kaufmannsgerichts ist mit der des Gewerbegerichts verbunden. Das Kaufmannsgericht hielt im abgelaufenen Jahr 44 Sitzungen ohne Zuziehung von Beisitzern, 10 mit Zuziehung von solchen, im ganzen also 54 Sitzungen, ab. Die Zahl der Streitigkeiten betrug 100, dazu aus dem Vorjahr noch 10 im Berichtsjahr erledigte Sachen, macht zusammen 110 Streitigkeiten. Davon wurden erledigt durch den Vorsitzenden allein durch Vergleich 18, durch Juridiktur der Klage 5, durch Veräurteilung 13, auf andere Weise 43, zusammen 79; vor beständigem Gericht durch Vergleich 5, durch Endurteil 13, auf andere Weise 5, zusammen 23; unerledigt blieben 7 Fälle. Von den anhängig geordneten Sachen betrafen Rechtsstreitigkeiten von Kaufleuten gegen Handlungsgehilfen oder Lehrlingen 7, desgleichen von Handlungsgehilfen und Lehrlingen

ihre Abgaben treulich entrichteten und sich den Anweisungen aus der Hauptstadt ohne zu machen fügten. Die Einzelstaaten wurden in einzelne Kantone oder Distrikte eingeteilt, die je unter der Leitung und Aufsicht eines „Jefe politico“ standen. Die Gouverneure und „Jefe politicos“ unter Diaz sind jetzt die großen und kleinen Rebellenführer geworden, die unter Diaz ruhig waren und treue Stützen für seine Regierung waren, weil sie auf dieser Weise weit besser auf ihre Kosten kamen, als wenn sie sich gegen den damaligen Präsidenten empört hätten. Und später werden sie, wenn Carranza etwas auf andere, idealistischere Weise versuchen sollte, Ordnung in Mexiko zu schaffen, zu regelrechten Vandalenführern werden, denn sie betrachten die Jagd nach unrechtmäßiger Beute, Erpressung und Brandstiftung nicht nur als einzige Mittel zum fröhlichen Lebensunterhalt, sondern auch als ihr gutes angeordnetes Recht infolge höherer Bildung und höherer Intelligenz.

Der große Fehler der Diazschen Verwaltung bestand darin, daß er den legitimen Erpressern schließlich zu freie Hand ließ, so daß sich die unterdrückte Bevölkerung dagegen empörte und auflehnte. Aber mit all ihrer Brutalität und Unrechtfertigkeit war die Diaz-Regierung die einzige, die in Mexiko eine längere Friedensperiode und die Möglichkeit zur Entwicklung der reichen natürlichen Hilfsmittel des Landes gegeben hat. Madero hatte den besten Willen von der Welt, aber er war zu schwach, seinem Willen Nachdruck zu verleihen. Und da er den unläutersten Absichten und Passionen seiner Ratgeber nicht nachgeben wollte, so stürzten sie ihn. Und Carranza dürfte trotz größerer Intelligenz auch nicht viel fester sein, als Madero war. Mexiko braucht einen ganzen Mann voller rücksichtsloser Energie und Tatkraft, der zunächst einmal erst friedlichere Zustände herbeiführt und dann der Bevölkerung Erleichterung bringt von ihren Lasten. Einen solchen Mann, der es ehrlich und aufrichtig mit seinem Lande meint, jetzt in Mexiko zu finden, dürfte allerdings nahezu ein Ding der Unmöglichkeit sein.



§ Bromskirchen (Str. Diebenpfpf). 10. Febr. Ein nicht all  
tägliches Ereignis brachte am Samstag die ganze Gemeinde  
auf die Beine. Am hellen Nachmittage nahte von Hallenberg







Schrift über das Unwesen des Patentagententums muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, daß neben recht zuverlässigen Agenten auch unzuverlässige Elemente hier zu finden sind.

Das Kapitel wird bewilligt.  
Es folgt das Kapitel

#### Reichsversicherungsdienst

und in Verbindung damit die als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stehende: Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften, die an eine Kommission zu verweisen beantragt worden ist.

Abg. Bauer (Soz.): Wir haben keine Ursache, einer Änderung der Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften zuzustimmen, wenn wir auch nichts gegen eine Kommissionsberatung haben. Die Berufsgenossenschaften, die sich immer bei dem Reichsversicherungsdienst einen großen Einfluß zu verschaffen gewußt haben, legen den Begriff Berufsunfall anders aus als die versicherten Arbeiter und der Gesetzgeber. Es ist direkt unzulässig, daß die Berufsgenossenschaften mit Unterstützung der Rechtsprechung darauf ausgehen, bei Unfällen die Rente zu kürzen. Als bei der Reichsversicherungsdienst die Organisation der Krankenkassen festgesetzt werden sollte, wünschten wir eine Zentralisierung der Kasse, aber die Regierung und der Reichstag beschloßen, die bestehenden Krankenkassen aufrecht zu erhalten, auch die Betriebs- und Innungskassen neben Orts- und Landkrankenkassen zuzulassen. Die bisherigen Gegner des Gedanken, die Dienstmädchen in die Ortskrankenkasse zu überweisen, müssen sich nun mit diesem Zustand ausöhnen. Bei den Vorstandswahlen sind die Dienstmädchen als Ball gegen die rote Flut benutzt worden. Offenbar werden nun die bürgerlichen Parteien sich auch zum politischen Frauentum nicht befehlen.

Die preussische Regierung ist eifrig bemüht, in ihrer Musterdienstordnung die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu beschneiden.

Sie begeht damit eine Gesetzesverletzung und trifft ungeschickliche Maßregeln. (Lach. Präsident Dr. Raemf.) Wegen dieser Verletzung der Regierung rufe ich Sie zur Ordnung.) Unsere ganze Sozialpolitik wird von der Regierung von kapitalistischen Gesichtspunkten aus geleitet. Man sollte vermeiden, bei den Wahlen zu den Krankenkassen die Wähler weite Wege machen zu lassen, man könnte doch ganz gut in jedem Ort ein Wahllokal errichten, so daß jeder Wähler in seinem Wohnort sein Wahlrecht ausüben kann und nicht durch Verlust von Arbeitsverdienst und Reisekosten noch unnötige Ausgaben hat. Die Versicherten sind nicht nur dem Bürokratismus der Krankenkassenverwaltung unterstellt, sondern auch der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Eine ungleichmäßige Behandlung der Unternehmer und der Versicherten wird den Klassenkampf nur noch verschärfen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. — Schluß nach 7 Uhr.

#### Zuwachs der Wirtschaftlichen Vereinigung.

S. Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Abgeordneten Brun und Werner-Hersfeld, bisher Mitglieder der Reformpartei, haben sich nunmehr der Wirtschaftlichen Vereinigung angeschlossen, die damit auf neun Mitglieder anwächst. Dafür besteht die Reformpartei nur noch aus einem einzigen Mitglied, dem Abgeordneten Gräfe (Sachsen).

#### Gültige Reichstagswahlen.

\*\* Berlin, 11. Febr. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags erklärte heute die Wahlen der Abgeordneten von Seydebrandt (Konf.) und Mertin (Npl.) für gültig.

## Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

# Berlin, 11. Februar.

Am Ministertisch: Unterstaatssekretär Holz. — Die Tribünen sind sehr stark besetzt.

Vizepräsident Dr. Krause eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung zum

#### Etat des Ministeriums des Innern

wird bei dem Titel Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wir waren gestern stehen geblieben (Seiterkeit) bei dem Kölner Polizeiprozess. In diesem Prozess ist eine Polizeikorrumpion im weitesten Maße zutage getreten. (Redner macht eine Pause, da infolge der Privatunterhaltungen der Abgeordneten große Unruhe im Hause entsteht.) (Vizepräsident Dr. Krause: Ich bitte um Ruhe, damit die Stenographen und der Präsident den Redner verstehen können. (Seiterkeit.) Abg. Hoffmann (Soz.): Ihr Pochen ist überflüssig. (Vizepräsident Krause fordert den Redner auf, seine Geschäftsführung nicht zu kritisieren.) Abg. Hoffmann (Soz.): Es ist mir nicht im Traum eingefallen, die Geschäftsführung des Präsidenten zu kritisieren. Ich habe mich nur gegen die bewußte und beabsichtigte Unruhestiftung gewandt. (Da die Unruhe weiter andauert, so macht Redner von neuem eine Pause.) (Vizepräsident Dr. Krause: Ich bitte den Redner, fortzufahren.) Abg. Hoffmann (Soz.): Die Herren können ja außerhalb des Hauses ihre Fraktionskämpfe abhalten.

In Köln hat sich ein wahres Panama ergeben. Deshalb sagen wir, nieder mit diesem Polizeisystem. (Im weiteren Verlauf der Rede des Abg. Hoffmann verlassen die Rechte und der größte Teil des Zentrums den Saal. Auf den Bänken der Linken sieht man nur zeitweilig einige Abgeordnete.) Abg. Hoffmann (Soz.): Verehrte Abwesende (Seiterkeit), meine ausführlichen Darlegungen sind nur die Folge ihrer Taktik vom letzten Samstag, wo sie den Abg. Liebknecht nicht reden lassen wollten. Es macht keinen besonderen Eindruck, wenn Sie schon bei einem Sozialdemokraten die Flucht ergreifen, was soll erst werden, wenn der Massenaufruf der Arbeiterbataillone erdhört. (Seiterkeit.) Lachen und Spott auf das Wahlrecht, Militäraufstand und Polizeisäbel will man uns auf die Dauer zumuten. Scharfmacher, wie Herr v. Kardorff, weisen die Staatsregierung und den König auf einen Weg, auf dem Krone und Szepter Gefahr laufen. Herr v. Seydebrandt hat uns einmal zugerufen: Machen Sie doch Revolution. Wir werden Ihnen aber nicht den Gefallen tun. Wir wollen eine friedliche Entwicklung. Aber Sie unterdrücken das Volk bis zur Verzweiflung.

Sie wollen die Revolution von oben, und wer diese herbeiführt, der ist ein Vorkurrierer.

Dem Minister, der so zweifelhafte Elemente in seinem Ressort beschäftigt, wie ich es gestern geschildert habe, sollte man das

Gehalt verweigern. Hätten wir ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, so würden wir ihn in Anklagezustand setzen und seine Amtsenthebung fordern. Der Minister hat einmal die Beamten, die sozialdemokratisch wählen, als Einbrecher, Lügner und Heuchler bezeichnet. Das ist vollständig unrichtig. Wenn irgendwo Heuchler und Lügner liegen, so liegen sie (mit einer Bewegung nach dem Ministertisch) hier. Stürmische Protestrufe bei der Mehrheit.) Vizepräsident Krause ruft den Redner wegen seiner letzten Bemerkung zur Ordnung.)

Unterstaatssekretär Holz: Ich möchte scharfe Verwahrung einlegen gegen die Äußerung, die der Abg. Hoffmann sich gestern gegen den Minister des Innern gestattet hat. Wenn ich davon Abstand nehme, eine Auslassung als das zu bezeichnen, was sie ist, um sie zu brandmarken, so tue ich es mit Rücksicht auf die Würde des Hauses und auf die Schranken, die mir parlamentarisch gezogen sind. Welchen Eindruck der Abg. Hoffmann mit seiner Bemerkung erweckt hat, darüber ist kein Zweifel. Das Wort Psi ist ein Wort des Fieles und der Verachtung. (Abg. Hoffmann: Den habe ich auch!) In wie weiten Kreisen des Volkes das Vorgehen des Abg. Hoffmann beurteilt wird, zeigt ein Artikel der „Berliner Volkszeitung“. Darin heißt es: „Wir sind die letzten, die die parlamentarische Redefreiheit beschränken wollen. Aber der Anstand muß unter allen Umständen gewahrt werden, und die sozialdemokratische Fraktion der zweiten preussischen Kammer sollte darauf sehen, daß solche Entgleisungen vermieden werden.“ Mit dieser vernichtenden Kritik kann ich den Abg. Hoffmann in diesem Punkt verlassen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Die darauffolgenden Zwischenrufe gehen in den erneuten brausenden Beifallsrufen verloren.) Was die übrigen Ausführungen des Vorredners betrifft, so entbehren die Angriffe gegen Jenfor, Landräte und Polizeibeamten vollständig jeder Begründung. Seine Ausführungen waren für auswärts stehende Kreise bestimmt.

Wenn der Eindruck erweckt werden soll, der große Volksmann Hoffmann habe die Beamten vernichtet, so überlasse ich die Wirkung derartiger Anschuldigungen dem Urteil des Hauses.

(Stürmischer Beifall. Zurufe des Abg. Hoffmann. Rufe rechts: Ruhe! Erneuter lebhafter Beifall.)

Abg. Graf von der Groeben (Konf.): Zunächst spreche ich mein Bedauern darüber aus, daß die Stenographen bis zu später Stunde ihres Amtes haben walten müssen. Ich hoffe, daß ein solcher Fall sich nicht wieder ereignen möge.

Wir sind bereit, an einer Änderung der Geschäftsordnung dahin zu wirken, daß nach einer gewissen Redezeit das Haus zu befragen ist, ob der Redner weitersprechen darf.

Der starken Verschuldung der Landgemeinden muß entgegen gewirkt werden. Wir treten für einen Schutz der Arbeitswilligen ein und wenden uns entschieden gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten. Wir sind stets im Kampfe gegen die Sozialdemokratie vorangegangen. Die Freisinnigen, die Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten abschließen, können nicht ernstlich behaupten, daß sie die Sozialdemokratie bekämpfen.

Wir wollen nicht, daß sich das Reich auf Kosten der Einzelstaaten ausdehnt.

Wir widersehen uns auch entschieden dem Bestreben der Linken, welche die parlamentarische Macht erweitern und die Stellung des Königs schwächen will. Wir wollen auch keine Demokratisierung unseres Wahlrechts. Wir wünschen, daß der Mittelstand bei den Wahlen maßgebend bleibe. Unser evangelisches Bekenntnis wollen wir uns nicht rauben lassen. Der Abg. Lohmann meinte, die letzte Rede Seydebrands habe einen ironischen Beifall gehabt. Das war nicht der Fall. Die Rede enthielt eine ernste Mahnung zur Sammlung aller nationalgesinnten Kräfte. (Beifall rechts.)

Minister des Innern v. Dallwig: Es ist darüber geklagt worden, daß der Kreis Niederbarnim die Umschsteuer kurz vor dem Anlauf der Herrschaft Bank durch die Stadt Berlin erhöht hat. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Umschsteuer der Stadt Berlin in 8 Tagen genehmigt worden ist, die Umschsteuer in 9 Tagen und die Umschsteuer in Niederbarnim in 10 Tagen. Es handelt sich bei der Angelegenheit um halbkronen Anlagen seitens Berlins gegen die Staatsbehörde, welche die Umschsteuer in Niederbarnim genehmigt hat. Eine solche Kampfweise, bei welcher die öffentliche Meinung gegen die Staatsregierung aufgebracht wird, wird man als objektiv nicht anerkennen können. (Beifall rechts.)

Abg. Fuhrmann (nall.): Der Abg. Hoffmann hat die Tribüne mißbraucht.

In diesem Mißbrauch der Redefreiheit sehen wir ein unverantwortliches Spiel der Sozialdemokraten mit dem Ansehen des Hauses.

(Lebhafter Beifall.) Wir protestieren gegen den Versuch eines Vertreters einer kleinen Minorität, die Mehrheit des Hauses zu verhöhnen. Im vorigen Jahre hat hier ein Sozialdemokrat sein eigenes preussisches Vaterland in einer Weise geschmäht, wie das noch in keinem Parlament vorgekommen ist. (Lebhaftes Bravo!) Das einzige Erreichte an dieser Debatte ist, daß sie gezeigt hat, daß zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum eine solche Kluft sich befindet, die sich niemals überbrücken läßt. (Lebhafter Zustimmung.) Ich möchte warnen, ab irato die Geschäftsordnung zu ändern; aber wenn der Mehrheit die Geduld reißt, dann ist die Sozialdemokratie schuld daran. Mit der Auffassung des Ministers hinsichtlich des Vorgehens Jagows sind wir einverstanden. Ich bedauere, daß die Freisinnigen unseren Antrag, betreffend den Schutz der Arbeitswilligen, ablehnen, weil der Antrag einen liberalen Gedanken, nämlich den Schutz der persönlichen Freiheit, enthält. Wir bedauern auch, daß die Regierung bei Arbeitsfreistellungen nicht immer mit der nötigen Energie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingetreten ist. Wäre das geschehen, dann wäre die Vergewaltigung Arbeitswilliger häufiger vermieden worden. Wir würden uns freuen, wenn die fortschrittliche Volkspartei mit uns das Gefühl der Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie teilen würde. Der Abgeordnete Lohmann hat neulich die Tonart des „Berl. Tagebl.“ kritisiert. Wir bedauern es lebhaft, daß das „Berl. Tagebl.“ unter der Maske eines bürgerlichen Blattes den Radikalismus in weite Schichten des Volkes trägt. Was die Angriffe des Abg. v. Kardorff gegen den Abg. Schiffer betrifft, so verbitte wir uns ein Hineinreden in unsere Parteiverhältnisse.

Die Äußerungen auf dem Preussentag waren besonders aus dem Grunde beklagenswert, weil dadurch antipreußische Tendenzen hervorgerufen worden sind.

Bei den Vorbereitungen zu den neuen Handelsverträgen sollten sich Industrie und Landwirtschaft zusammenfinden. Der Bloß des Fürsten Bülow stand auf schwachen Füßen. (Sehr richtig! rechts.) aber der Grundgedanke des Fürsten war ein durchaus richtiger, denn ein Zusammenwirken von Rechts und Links würde in vielen Fällen segensreich sein. Vor allem möchte ich an die Konservativen die Mahnung richten, die industrielle Seite zu unterlassen, wie es z. B. bei der Wahl in Oels-Lyl geschehen ist. Die bürgerlichen Parteien sollten gemeinsam zusammen wirken; das kann aber nur geschehen, wenn sie sich gegenseitig die nötige Achtung entgegenbringen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister des Innern v. Dallwig: Die Behauptung des Vorredners, daß die Staatsbehörden bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bei Unruhen nicht immer mit der nötigen Energie eingetreten seien, kann ich als zutreffend nicht anerkennen. Durch Polizeiverordnungen und entsprechende Weisungen an die Exekutivbeamten wird das Erforderliche veranlaßt. Es ist nötig, daß auch die Arbeitgeber an der Aufrechterhaltung der Ordnung an der Arbeitstätte mitwirken.

Abg. Gerold (Zentr.): Bei dem Liebeswerben der Parteien in den letzten Tagen stand das Zentrum unbedeutend in der Mitte. Abg. Fuhrmann hat den Bülow-Bloß gerühmt. Wenn der Bloß die Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten gewollt hätte, dann wäre es eine verständige Politik gewesen, daß der Bloß aber gegen das Zentrum gerichtet war, das auf das allerentschiedenste bestrebt ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, kann nur als ein politischer Fehler bezeichnet werden. Wenn behauptet wird, in der Zentrumsparlei herrsche der demokratische Flügel, so ist das unrichtig. An der Geschlossenheit der Zentrumsparlei sollten sich die anderen Parteien ein Muster nehmen. Ich hoffe, daß sich zur Aufrechterhaltung unserer bewährten Wirtschaftspolitik die alte Jollmehrheit zusammenfinden wird.

Den Antrag auf größeren Schutz der Arbeitswilligen lehnen wir ab, da die Polizei genügende Sandhaben hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Wir stehen auf dem Boden der Parität, gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber. Daß die Organisation der christlichen Gewerkschaften sich gegen die Unternehmer richte, ist eine ganz unbegründete Behauptung. In der Ostmarkenpolitik scheint es sich um eine Art Nebenregierung zu handeln. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, daß das Jesuiten-gesetz immer noch nicht aufgehoben ist. Wir sind es nicht, die den konfessionellen Frieden stören. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Kardorff (freikons.), Hülsh (konf.), Hoffmann (Soz.) und Dr. Schröder-Kassel (nall.) wird die Weiterberatung auf morgen 12 Uhr vertagt. — Schluß 4½ Uhr.

## Letzte Drahtberichte.

### Deutscher Landwirtschaftsrat.

wb. Berlin, 11. Febr. In der heutigen Sitzung des deutschen Landwirtschaftsrats wurde auf Antrag des Geh. Medizinalrats Professor Dr. Koefler-Berlin beschloßen: Der deutsche Landwirtschaftsrat empfiehlt die Bereitstellung reichlicher Mittel zur weiteren energischen wissenschaftlichen Erforschung der Maul- und Klauenseuche. Ferner wurde bezüglich der Baumwollversorgung Deutschlands nach Empfehlung des Staatssekretärs Dr. Solf beschloßen, dem Reichskanzler zu empfehlen, alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Förderung der Baumwollkultur zu ergreifen; insbesondere empfiehlt der deutsche Landwirtschaftsrat in den Etat des Reichskolonialamts für 1914 die erstmalig eingestellten 150 000 Mark für Förderung der Baumwollkultur in den deutschen Schutzgebieten im Etat für 1915 auf 200 000 M. und für die weiteren Jahre auf die gleiche Summe zu erhöhen.

### Die Ergebnisse der Wettbewerbe um die Nationalflugspende.

#### Deutschland im Flugwesen an erster Stelle!

wb. Berlin, 11. Febr. Das Kuratorium der Nationalflugspende hat für die unmittelbare Förderung der Flugleistungen rund 1 600 000 M. ausgesetzt. Hier von war die Hälfte als Dauerleistungen für die Dauerflüge und für Unterstützung großer Gipfelleistungen sowie zu technischen Wettbewerben ausgesetzt. Da nun durch die außerordentlichen Leistungen der deutschen Piloten die Summe von 800 000 Mark überraschend schnell erschöpft ist, können weitere Flüge im Rahmen der diesjährigen Ausschreibungen nicht mehr prämiert werden. Infolge des Einflusses der zugesicherten Prämien haben sich die Leistungen so gesteigert, daß der Vorführung Frankreichs heute sowohl hinsichtlich der Fernflüge innerhalb 24 Stunden als auch der ununterbrochenen Dauerflüge weit überboten ist. Nachdem Deutschland in den Besitz der wichtigsten Weltrekorde durch die Leistungen Stöpplers gekommen ist, ist das deutsche Flugwesen an die erste Stelle gerückt.

### Die Folgen des Generalpardons.

†† Berlin, 11. Febr. Ein überraschendes Ergebnis hat der Generalpardon in Remscheid erzielt. Wie dem „B. L.“ gemeldet wird, hat ein Brennereibesitzer in Remscheid, der äußerlich in den einfachsten Verhältnissen lebte und bisher 2 Millionen Mark versteuerte, zum Wehrbeitrag auf Grund des Generalpardons ein Vermögen von 19 Millionen Mark deklarieren.

### Konservative Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung im preussischen Landtag.

S. Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie man schon heute aus der Rede des Abgeordneten Grafen von der Groeben entnehmen konnte, haben die Konservativen beschloßen, ihre Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung, die sie vor zwei Jahren vorlegten, die aber seinerzeit in der Geschäftsordnungskommission















die darauf abzielten, im Falle eines serbisch-österreichischen Konflikts die slowenische Sotschaft in den Dienst Serbiens zu stellen. Vizebürgermeister Dr. Trüller wird der Mittäterschaft beschuldigt. Außerdem fahndet die Behörde nach einem österreichischen Oberleutnant Kuer, der gleichfalls in die Affäre verwickelt sein soll.

### Niederlande.

Die 3. Haager Friedenskonferenz. Haag, 11. Febr. Wie die Zeitung „Het Vaderland“ aus guter Quelle erfährt, erwartet man in zuständigen Kreisen die Einberufung der 3. Friedenskonferenz nicht vor 1917. Die vorbereitenden Arbeiten für diese Konferenz nehmen lange Zeit in Anspruch. Auch soll die Konferenz nicht vor der endgültigen Erledigung der Balkanfragen, besonders der albanischen, eröffnet werden.

### Rußland.

Flotte und Butilowwerke. Petersburg, 12. Febr. In einer Unterredung mit Parlamentsjournalisten erklärte der Marineminister, daß die Vorlage zur Fortsetzung des Schiffbauprogramms den Kammern noch dieses Jahr unterbreitet werden würde. Mit dem Bau neuer Schiffe könne man nicht vor 1915 beginnen. Die nötigen Mittel für die folgenden fünf Jahre würden annähernd in derselben Höhe gefordert, wie für die fünf ersten Jahre. Es sei unmöglich, das Schiffbauprogramm für eine längere Periode als fünf Jahre zu schätzen, denn angesichts des schnellen technischen Fortschritts im Schiffbau sei es unmöglich, einen Schiffstyp im Voraus zu bestimmen, der in zehn Jahren erforderlich sei. Zu der Interpellation der Nationalisten, betreffend die beiden Butilowwerke als Beamte beschäftigten deutschen Untertanen, erklärte der Minister: Obwohl die Verwendung ausländischer Beamten unerwünscht ist, so geht dennoch keinerlei Gefahr für den Staat daraus hervor, denn diese Werke stellen keine geheimhaltenden Gegenstände und Maschinen her. Indessen kann keine russische Fabrik Ausländer entbehren. In drei oder vier Jahren, wenn wir einen Stamm von einheimischen Ingenieuren und Technikern besitzen, werden wir verlangen, daß kein Ausländer in privaten Fabriken beschäftigt werde, welche Bestellungen für die russische Marine ausführen. Hinsichtlich der Frage des langsame Baues des Schiffe gibt der Minister an, daß die Verwirklichung des Programms in Wirklichkeit im Jahre 1911 begonnen hat. Der Bau dauere nur zwei oder drei Jahre. Alle in der Vorlage vorgesehenen Schiffe würden im Jahre 1914 fertig sein. Die Arbeiten in Nikolajew schritten rüstig fort mit Ausnahme des Baues eines Schiffes, der sich verlangsamt habe. Auf die Frage, ob Rußland nicht dem Beispiele der Türkei folgen sollte, welche völlig fertige Kriegsschiffe kaufte, bemerkte der Minister, daß selbst, wenn Rußland solche Schiffe gekauft hätte, es doch keine Möglichkeit gehabt habe, sie ins Schwarze Meer zu schaffen. (Bergl. Letzte Drahtber.)

### Schweden.

Studentische Kundgebungen. Eine neue Rede des Königs. Stockholm, 11. Febr. Die Studenten veranstalteten vor dem König einen Guldigungszug. Die Zahl der Studenten, die an dem Guldigungszuge teilnahmen, betrug 2600, nämlich aus Stockholm 1000, von Upsala 1000, von der Universität Lund 550 und aus Gotheborg 60. Außerdem nahmen etwa 60 akademische Lehrer daran teil. Beim Einzug in den Schlosshof begrüßten die Studenten die Königin, die Kronprinzessin und die Herzogin von Westgötland, die an einem Fenster des Schlosses Platz genommen hatten, mit Hurraufen. Der König erschien mit dem Kronprinzen und den Herzögen von Westerbotten, Ostergötland und Veris in den Schlosshöfen. Die Anwesenden sangen die Nationalhymne. Darauf wurde ein Goch auf den König und die Königin ausgebracht. — Der König erwiderte auf die Guldigung der Studenten: „Studenten! Mit Begegnung begrüße ich euch in der alten schwedischen Königshaus und danke euch für eure Worte, die von der Begeisterung eurer jungen schwedischen Herzen getragen waren. Es ist mein verfassungsmäßiges Recht und meine Pflicht als schwedischer König, in sorgenvollen Tagen offen und frei meine Meinung darüber zu sagen, was ich für mein Volk als nützlich und notwendig ansehe. Kultur und Gewerbe sind nicht möglich ohne das Gefühl der Sicherheit. Die Wehrmacht unseres Landes nach außen ist aber nicht genügend. Deshalb ist die Regelung der Landesverteidigung zu der Frage geworden, die alle Kräfte um sich vereinigt und bis auf weiteres alles andere zur Seite drängen muß. Erst, wenn wir unsere Pflicht gegen uns selbst und gegen die kommende Zeit erfüllt haben, wird es möglich sein, mit verdoppelten Kräften an die vielen großen und wichtigen Fragen heranzutreten, die ihrer Lösung harren, damit die Entwicklung des Landes noch weiter vorwärts gebracht werden kann. Ich bin fest überzeugt, daß mein Volk bereit sein wird und auch imstande ist die Opfer zu tragen, welche die Verbesserung der Landesverteidigung unumgänglich fordert. Ich rechne auf euch Studenten und darauf, daß ihr mit Hilfe eurer Kenntnisse und eures Wissens die Auffklärung über die Frage über das Land verbreitet. Vorwärts zu unserem Ziel: Ein freies und starkes Schweden. Es lebe Schweden!“ — Darauf löste sich der Zug auf.

### Balkanstaaten.

Aufhebung einer Militärverschönerung in Sofia? Wien, 11. Febr. Aus Bukarest wird hierher gemeldet, daß auf Befehl des bulgarischen Kriegsministers der Kommandant des 57. Infanterieregiments Oberst Cabukli verhaftet wurde. Es wird behauptet, daß es sich um eine Militärverschönerung in Sofia handele. Die Abreise der albanischen Guldigungsdeputation. Saloniki, 11. Febr. Die aus acht albanischen Notabeln bestehende Deputation aus Südalbanien, die dem Prinzen zu Wied die Krone anbieten wird, hat heute die Reise nach Berlin angetreten.

Der Militärdienst in Neugriechenland. Athen, 11. Febr. Die Regierung hat den Beschluß gefaßt, alle männlichen Personen rein griechischer Abstammung in den neu erworbenen Gebieten Mazedoniens und des Epirus, die in den Jahren 1891 und 1892 geboren sind, zum Militärdienst heranzuziehen. Die Angehörigen aller anderen Nationalitäten und anderer als der griechisch-orthodoxen Konfession sind vorläufig von der Dienstpflicht befreit.

### Nordamerika.

Wilsons Stellung zur Handelsmarine. Washington, 12. Febr. Präsident Wilson hat zu einem Besucher im Weißen Hause geäußert, daß die Pläne zur Wiederherstellung der amerikanischen Handelsmarine mit anderen von keiner Partei ausgehenden Angelegenheiten bald nach Erledigung derjenigen Fragen beraten werde, die jetzt einer Kommission vorliegen.

### Südafrika.

Rücktritt des General-Gouverneurs. London, 11. Febr. Im Parlament kündigte heute nachmittag der Staatssekretär der Kolonien Sarcourt an, daß der Generalgouverneur von Südafrika, Viscount Gladstone, im Juni sein Amt niederlegen würde. Er fügte dieser Mitteilung hinzu, daß der Rücktritt Gladstones lediglich mit häuslichen Gründen seine Erklärung finde und nichts mit den Arbeiterunruhen in der Transvaalkolonie zu tun habe. (Bergl. Letzte Drahtberichte.)

## Luftfahrt.

### Offiziersflug Berlin-Posen-Berlin.

\* Berlin-Johannisthal, 11. Febr. Die beiden Offiziersflieger Lang und Wetten, die heute morgen auf dem Flugplatz Johannisthal zu einem Flug nach Posen aufgestiegen waren, erreichten auf ihrem Luftverkehrsdoubletender Posen im Laufe des Nachmittags, erstarbten dort eine Meldung und kehrten auf dem Luftwege nach Berlin zurück, wo sie um 5 Uhr 43 Min. auf dem Flugplatz Johannisthal wieder landeten.

Der Flug über den Mont Blanc. Mailand, 12. Febr. Parmelin überflog den Mont Blanc gestern in einer Höhe von 5300 Meter und landete zuerst bei Courmayeur am Fuße des Mont Blanc. Dann war er wieder aufgestiegen. Als die Menge den Apparat hoch am Horizont erscheinen sah, waren alle von unbeschreiblicher Begeisterung ergriffen. Wegen dichten Nebels flog Parmelin nicht programmgemäß direkt nach Turin, sondern ging im Gleitfluge schon bei Aosta nieder. Er brauchte zum Überfliegen des Mont Blanc 1 1/4 Stunden. Die Menge leistete dem halberstarrten Flieger bereitwillig Hilfe. — Parmelin hat sich einem Berichterstatter des „Secolo“ gegenüber über seinen Flug über den Mont Blanc wie folgt geäußert: Ich hatte mehrlägige Vorbereitungen getroffen, bevor ich meinen Flug begann. Ich benötigte einen Apparat mit 80 Pferdestärken, und zwar denselben, den ich bereits im Jahre 1913 bei dem Gordon-Bennett-Wettbewerb, in dem ich beinahe dritter wurde, verwendete. Ich flog in Genf auf und flog nach einigen Versuchsflügen direkt auf den Mont Blanc zu, dessen schneebedeckter Gipfel sich am blauen Himmel deutlich abzeichnete. Ich glaubte anfänglich, wieder niedergehen zu müssen, da der Motor sehr schlecht arbeitete. Nach längeren Versuchen gelang es mir schließlich, den Motor in tadelloser Funktion zu bringen. Aber dem Schicksal erbob ich mich zu einer Höhe von 9000 Meter. Hier flog ich auf sehr starke Luftströmungen, so daß ich fortwährend befürchten mußte, meine Richtung zu verlieren. Nur unter größten Anstrengungen gelang es mir, in gerader Linie zu bleiben und die notwendige Höhe zu erreichen, um den Mont Blanc überfliegen zu können. Über ihm empfand ich eine furchtbare Kälte, so daß mir Schulkern, Arme und Hände zu schmerzen begannen. Beim Abstieg flog ich wieder auf starke Gegenströmungen, die meinen Apparat wiederholt nach der Seite abdrängten. Schließlich nahm ich die Richtung auf den Mont Cenis, von wo ich bereits das Aostatal, das Ziel meines Fluges, sehen konnte. Meine Absicht, nach Turin weiterzufliegen, mußte ich aufgeben, da der Nebel so stark war, daß er mir jegliche Aussicht verberberte und ich schließlich froh war, im Aostatal an einer geeigneten Stelle zu landen. Dem Flieger war beim Landen die Schraube seines Motors beschädigt worden, so daß er sich eine neue aus Genf kommen lassen muß. Nach erfolgter Reparatur wird Parmelin am Freitag seinen Flug quer durch Italien fortsetzen.

Ein erfolgreicher Flug Langers. Berlin, 12. Febr. Der Flieger Bruno Langer, der gestern früh 7.45 Uhr in Johannisthal aufstieg, um den von Ingeborg aufgestellten Dauerrekord zu brechen, ist gestern nachmittags 11.45 Uhr bei Kraus, in der Nähe von Posen, wegen Benzinmangels gelandet. Langer war genau 16 Stunden in der Luft gewesen, also nur um 20 Minuten hinter dem von Ingeborg aufgestellten Rekord zurückgeblieben.

Landung deutscher Ballonfahrer in Rußland. Perm, 11. Febr. In dem Bezirk Kaschna Ustmit ist ein Luftballon mit drei Ausländern niedergegangen. Vermutlich ist es der Ballon des Schriftstellers Dr. Korn, der gestern mit zwei Berliner Herren in Bitterfeld aufgestiegen war mit der Absicht, einen neuen Dauernweltrekord aufzustellen. Nach einer weiteren Meldung bestätigt es sich, daß die drei Luftschiffer Deutsche sind, die in Berlin am 8. Februar aufgestiegen waren.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Der Kommunalsteuerausgleich.

Bekanntlich hat es der Magistrat fertiggebracht, den Haushaltplan für 1914 noch einmal unter Beibehaltung des bisherigen glücklichen und bewährten Einkommensteuerausgleichs von 100 Prozent zu balancieren. Mit diesem Ausgleich nimmt Wiesbaden neben Berlin und zwei oder drei anderen Städten nicht nur unter den preussischen Großstädten, sondern überhaupt eine besonders bevorzugte Stellung ein. Das geht deutlich aus der Statistik der statistischen Landesamts hervor, die soeben erschienen ist und in der die vorläufigen Ergebnisse der Veranlagung in den preussischen Gemeinden für das kommende Rechnungsjahr enthalten sind. Nach dieser Statistik gibt es in Preußen 371 Gemeinden,

in denen mehr als 400 Prozent Zuschläge erhoben werden müssen; 128 Gemeinden müssen sogar über 500 Prozent erheben! Zuschläge von 200 bis 250 Prozent erheben 16,2 Prozent aller Gemeinden, Zuschläge von 250 bis 300 Prozent kommen in 6,2 Prozent aller Gemeinden zur Erhebung und mehr als 62 Prozent der Gesamtzahl der Gemeinden erheben Zuschläge von über 150 Prozent. Nur rund 27 Prozent aller Städte kommen mit Zuschlägen bis 150 Prozent aus. Noch ungünstiger stehen in dieser Beziehung die Landgemeinden da, von denen ein Drittel Einkommensteuerausgleichs von mehr als 200 Prozent aufzuweisen haben. Seit Jahren wird in Wiesbaden bei der Stadtverwaltung die Frage erörtert, ob das Dogma der 100 Prozent beseitigt werden muß und ohne Schaden für den Zugang wohlhabender Leute beseitigt werden kann oder nicht. Auch diesmal stand man wieder vor der Frage der Erhöhung des Einkommensteuerausgleichs, als eine ungewöhnliche Selbstinschätzung der Besitzenden erfolgte. Es scheint, als habe der Magistrat sich schon bei der Aufstellung des Etats gesagt, daß die Einschätzung zum Wehrbeitrag unter der befreienden Macht des Generalpardon zu einer so erheblichen Steigerung des Einkommensteuerertrags führen werde, daß man noch einmal von der Erhöhung der Einkommensteuer absehen könne. Zurzeit läßt sich noch nicht sagen, was der Generalpardon für die Stadt abwirft; die Anhänger des Dogmas der 100 Prozent dürfen indessen aufatmen auch in die Zukunft blicken, denn es ist anzunehmen, daß die Steigung des Einkommensteuerertrags auf Jahre hinaus wirksam bleiben wird, so daß die Frage der Erhöhung des Ausgleichs als ad calendas graecas verlegt betrachtet werden kann.

— Todesfälle. Herr Fabrikant Adolf Sternitzki aus St. Petersburg ist gestern nach längerem Leiden, nahezu 76 Jahre alt, in einem hiesigen Sanatorium gestorben. Der seit über 100 Jahren hier ansässigen Familie des russischen Hofbediensteten Andreas Sternitzki entstammend, ging der nunmehr Verbliebene in seiner Jugend nach Petersburg und wurde Teilhaber der daselbst wie auch in Kopenhagen und Wien durch Zweiggeschäfte vertretenen Kaiser-Lackfabrik Ludwig Marx und Söhne. Sein lauterer Charakter und die Verdienste, die sich Herr Sternitzki in der Pflege des Schul- und Wohlfahrtswesens der deutschen Kolonie Petersburgs erworben, wurden von dem Großherzog von Hessen durch Verleihung des Ritterkreuzes 1. Klasse des Ordens Philipps des Großmütigen anerkannt. Seine Anhänglichkeit an seine Vaterstadt und an seine zahlreichen hiesigen Verwandten und Bekannten befandete sich durch alljährlichen mehmonatigen Aufenthalt in Wiesbaden, an dessen Entwicklung und Wachstume Herr Sternitzki regen Anteil nahm. So war es ihm auch vergönnt, hier zu sterben. — Heute morgen verstarb in seiner Wohnung Schwalbacher Straße 57 der Landmesser a. D. Rechnungsrat Heinrich Walzer im Alter von 63 Jahren.

— Der zweite Dunte Faschingsabend im Kurhaus war zwar nicht sonderlich gut besucht, nahm aber, was die Vorstellungen anbelangt, einen recht befriedigenden Verlauf. Das Publikum zeigte sich zuerst zwar recht schwer zu erobern und der Conferencier Karl Rexas hatte kein leichtes Amt. Nichts wollte zünden, der Kontakt blieb aus. Selbst das allerliebste Schwesterpaar Roma und Carla Salus, welches bewies, daß selbst Verbotenes, wenn es mit Grazie ausgeführt wird, hübsch sein kann, nämlich Nasendrehen, errang nur mäßigen Beifall. Die weiteren Lieder von Artur Kaplan hinterließen auch keinerlei Eindruck, und erst als der Conferencier als Vortragender erschien, als er eine pikante Skizze vortrug, die er umständlich vortrug, wurden die Zuschauer wärmer und ein wenig karnevalistische Stimmung wehte durch den Saal. Einen vollen Erfolg hatte dann der Ventriloquist Charles Grimm zu verzeichnen, der seine beiden Puppen August und Michel mit vollendeter Kunstfertigkeit sprechen und singen ließ. Auch die humoristischen Lieder des beliebten Mitglieds unserer Königl. Hofbühne Paul Rehlhoff gefielen sehr, und Erna Roschel mit ihrer derben Komik hatte dann sofort gewonnenes Spiel. Die Künstlerin hat echtes Theaterblut und weiß irgend einen Unfuss urkomisch vorzutragen. Nach der Pause tanzte das Schwesterpaar Roma und Carla Salus noch zwei Tänze, nachdem es bereits in der ersten Programmhälfte zweimal aufgetreten war, und erfreute wiederum durch die Grazie und Grazie in der Ausführung seiner Tanzduette. Noch einmal erntete Paul Rehlhoff starken Beifall durch einige humoristische Lieder, besonders durch das letzte Lied „Dalketer Qua“, das er im höchsten Sopran schloß, mit einem Sopran, um den ihn manche Sängerin beneiden könnte. Der parodistische Sketch von Erna Roschel und Artur Kaplan, der den Schluß des Abends bildete, zündete nicht mehr recht. Das Publikum, das übrigens recht unzufrieden erschien, hatte sich sattgelaßt und genug des Komischen genossen. Die ernste Zeit, in der wir eben leben, ist dem Prinzen Karneval wenig günstig und macht ihm das Regieren recht schwer. Nur noch wenige Tage und er reicht seine Demission ein!

— Thalia-Theater. Im Thalia-Theater ereigte in den letzten drei Tagen „Edison sprechender Film“ berechtigtes Aufsehen. Die Bedeutung dieser Erfindung liegt auf der Hand, wenn man hört, daß nun wirklich das Mittel gegeben ist, den Menschen nicht nur in Erscheinung, Bewegung und Gestalt zu sehen, sondern zugleich auch in seiner lebendigen Sprache, seinem Lachen, seinem Weinen, seiner Kunst zu hören. Die Vorstellungen des „Sprechenden Films“ in den letzten Tagen im Thalia-Theater lieferten den Beweis, wie sehr diese Erfindung den Ton in allen Schattierungen festhält. Man hörte eine ganze Kapelle unter der geleiten Leitung eines Kapellmeisters, Sänger und Sängerinnen, ganze Vorstellungen und anderes mehr in bester Ausführung. Daneben noch das gute übrige Programm. Das Haus erfreut sich natürlich nach wie vor des stärksten Besuchs. Von heute Donnerstag an findet ein Programmwechsel statt.

— Die Fleischschau in Hefen-Raffau. Im vierten Vierteljahr 1913 stellte sich die Zahl der Schlachtvieh, die in Hefen-Raffau der Fleischschau unterworfen wurden, wie folgt: Pferde und andere Einhufer 888 (gegen 566 im dritten Vierteljahr 1913), Ochsen 7523 (8623), Bullen 1859 (2208), Kühe 16 671 (15 107), Jungkühe (über 3 Monate alte) 12 143 (12 683), Kälber (bis zu 3 Monaten alte) 30 800 (48 690), Schweine 307 228 (187 944), Schafe 14 214 (11 621), Ziegen 3080 (1644).

— Der Ortsarmenverband Wiesbaden hat gegen den Landarmenverband von Oppenheim beim Provinzialausschuß der Provinz Rheinhesen Klage auf Erlass von Pflegekosten für die Haushälterin Luise Specht erhoben. Die Specht, welche 1980 in Sindlingen geboren ist, hatte vorübergehend in Gau-Wiesheim, Kraßheim, Raing und zuletzt in Wiesbaden gewohnt, woselbst sie bei einem gewissen Riffinger Haushälterin ist. Sie wurde im Jahre 1912 im städtischen Krankenhaus in Wiesbaden längere Zeit gepflegt. Riffinger war damit



einverstanden, die Kosten in Raten zu zahlen, er bezahlte aber nur eine Rate und verweigerte dann die Weiterzahlung. Gau-Bildheim, wo früher die Specht den Unterstuhlswohnstisch hatte, verweigerte ebenfalls die Zahlung, ebenso der Landarmenverband Oppenheim. Die Specht und Kiffinger, welche als Zeugen vernommen wurden, behaupteten, daß sie bei Kiffinger nicht in einem Dienstverhältnis stünde, sie lebten zusammen und würden sich heiraten. Der Provinzialanwaltschaft Mainz wies die Klage von Wiesbaden als unbegründet kostenfällig ab.

— **Sam Hall Sed.** Die Voruntersuchung wider den jungen Sed aus Eisenbach, welcher seinen leiblichen Vater ums Leben gebracht hat, ist nunmehr zum Abschluß gelangt, die Anklage dagegen ist noch nicht formuliert. Es ist ganz unzweifelhaft festgestellt worden, daß nicht die von dem Sohn auf den Vater abgegebenen Schüsse diesen ums Leben gebracht haben, sondern daß erst ein Schlag mit dem Revolver, den Sed junior seinem Vater in dem Augenblick versetzte, als dieser drohend auf ihn zukam, den Tod herbeigeführt hat. Die Anklage wird wahrscheinlich auf schwere Körperverletzung mit Todeserfolg lauten.

— **Holz- und Kohlenfahndung.** Beim Empfang bestellter Brennmaterialien empfiehlt es sich, die gelieferte Menge genau zu kontrollieren. Daß dies sehr nötig ist, dafür lieferte ein Fall, der gestern beobachtet wurde, wieder einen Beweis. Ein Fuhrmann sollte eine Fuhr Kohls vom Westbahnhof direkt an den Besteller abliefern. Unterwegs fuhr er in eine wenig belebte Straße ein und der Fuhrer des Kohlengeschäfts, der seinem Fuhrmann wohl nicht recht traute, konnte beobachten, wie bald darauf ein zweiter Wagen sich einstellte und eine teilweise Umladung vorgenommen wurde. Ähnliche Vorfälle werden auch mit Holz getrieben, indem angeblich bestelltes Holz abgeladen und dafür ein höherer Preis als der wirkliche Wert verlangt wird. Einem Dienstmannchen wurden auf diese Weise kürzlich 6 M. für ein Quantum Holz abgenommen, das höchstens 1 M. 50 Pf. Wert hatte.

— **Darlehensfahndung.** Durch Zeitungsanzeigen hatte sich ein gewisser E. Schwarzer in der Westendstraße zur Vermittlung von Darlehen und Hypotheken empfohlen. Er beschränkte seine Bemühungen, wie es scheint, aber nur auf die Einziehung der Vermittlungsgebühren. Einem hiesigen Geschäftsmann nahm er 12 M. 50 Pf., anderen Darlehenssuchenden ähnliche Summen ab. Schließlich wurde er auch noch von seiner Logiswirtin, weil er die Miete nicht bezahlte, an die Luft gesetzt.

— **Zwei Trunkenbolde,** die sich heute vormittag in der Hellmündstraße umhertrieben, versuchten dort in einen Laden einzudringen, und als ihnen das nicht gelingen wollte, schlug einer der Unholde mit der Faust mit solcher Wucht in eine Glascheibe, daß eine mit sehr starkem Bluterguß verbundene erhebliche Verletzung der rechten Hand die Folge war.

— **Fremdenverkehr.** Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt und Fürstin Anna sind in Besetzung des Hofmarschalls Priem zu längerem Aufenthalt im „Hotel Rote“ abgereist.

— **Tagblatt-Sammlungen.** Dem Tagblatt-Verlag gingen zu für die Mindenanstalt: von F. B. 3 M., für die Schüssler- und Speising bedürftiger Kinder: von F. B. je 2 M.

— **Kleine Notizen.** Heute hat bei unseren Abhängern das Kompanie-Exercieren begonnen. — Im Apollo-Theater findet heute abend die erste Maskenrevue nach Münchener Art statt. Freitag ist im Theateraal ein närrischer Kappabend. Der Eintritt ist frei. — Auch in diesem Jahre erscheint wieder die Hofnachricht „Nachbarn“, und zwar am Samstag, den 14. Februar. — Im Hansa-Hotel-Restaurant fand gestern abend eine Maskenrevue, verbunden mit Ball, statt, welche die zahlreich erschienenen Gäste bis in den Morgen zusammenhielt.

#### Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

• **Galerie Wagner.** Die Götto-Ausstellung Münchener Künstler endet definitiv Freitagabend. Samstag ist der Oberhofaal wegen Neuanordnung geschlossen.

#### Aus dem Vereinsleben.

##### Vorberichte, Vereinsversammlungen.

• Der „Richard-Wagner-Verband deutscher Frauen“ veranstaltet kommenden Dienstag, pünktlich 4½ Uhr beginnend, in den Räumen des Hofballsaals eine besondere Veranstaltung, zu welcher Kammerjäger Einar Harchhammer, Frau Marie Harchhammer und Professor Rannstedt ihre Mitwirkung zugesagt haben. Herr Harchhammer wird zunächst einen Vortrag im großen Saal halten über „Richard Wagner als Dramatiker“. Sodann wird in der halbrunden Halle in den Nebenräumen Lee und Wehlfert die übrigen im Eintrittspreise mit eingegebenen sind. Hierauf wird Frau Harchhammer, begleitet von Professor Rannstedt, einige Lieber nordischer Komponisten vortragen. Die Veranstaltung endet am 6½ Uhr und ermöglicht dadurch den Besuch der gewiss sehr interessanten Veranstaltung, ohne mit dem Beginn der Theateraufführungen oder sonstigen Einladungen zu kollidieren. Der Eintritt ist für den Ortsverband bestimmt, nicht also weiter dem idealen Zweck, unbemittelten, geliebten Personen Eintrittskarten zu bewahren. — Sodann hat der Verein beschlossen, für die ersten fünf Vorstellungen des „Barfais“ an unserer Hofbühne eine größere Anzahl von Eintrittskarten 3. Rang und Amphibien zu kaufen, welche an die von den Mitgliedern des Vereins besorgenen Personlichkeiten im Sinne früherer Bekanntmachungen verteilt werden sollen.

• Die normale und krankhafte Menstruation lautet das Thema des Vortrages, den der Verein für Volksverhärtdliche Gesundheitspflege E. B. am Freitag, abends 8½ Uhr, im Saale der „Lage Plots“ halten läßt. Als Rednerin ist Frau M. Pochler aus Berlin gewonnen.

#### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Rambach, 12. Febr.** Vor einigen Tagen wurden dem Landwirt Adolf Bess und dem Schmied Wilhelm Herbe hierseits nachts elf Kerosinbäume durch ruchlose Hand zerstört und abgebrochen. Der Verdacht der Täterschaft richtet sich gegen einen früheren Wirt von hier, mit dem einer der Geschädigten in einem Rechtsstreit lag, der zu seinen Ungunsten ausgegangen ist. Die Ortspolizeibehörde befragte die Behörde der durch die Tat angerichteten Schäden feststellt. Der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden ist Anzeige erstattet. Der Verangeigte, auf den mehrfache Spuren hinweisen, steht die Tat in Abrede.

#### Nassauische Nachrichten.

##### Gläubiges Glück.

ht. Höchst a. M., 11. Febr. Während an allen anderen Gerichten über Arbeitsüberlastung und Überfüllung der Hofkollektorellage geklagt wird, mußte hier heute die Schöffengerichtshaltung für Straffällen ausfallen, weil „nichts“ da war. Auch von Frankfurt wird heute berichtet, daß auf der dortigen Kriminalpolizei nicht ein einziger „Ball“ angemeldet war.

k. Rieb a. M., 12. Febr. Die Gemeindevertretung hat gestern abend nach mehrwöchigen Unterhandlungen dem Gasvertrag mit der Nassauischen Gasgesellschaft zugestimmt. Die Gemeinde erhält eine jährliche Abgabe von mindestens 2500 M. Die Vertragsdauer beträgt 30 Jahre. Die Einführung der Elektrizität ist gestattet. Erhalten Unterlieberbach und Sossenheim günstigere Bedingungen, so müssen diese auch Nied zugestanden werden.

— **Griesheim, 11. Febr.** Die an der Knabenstube erlebigen evangelischen Lehrkräfte sind mit 1. April den Lehrern Preußen aus Griesheim und Mäler aus Langenbach übertragen worden.

— **Schwabenheim, 11. Febr.** Fünfundzwanzig Jahre sind es nun her, daß die Waldbahn, die uns mit Frankfurt verbindet, eröffnet worden ist. Gleichzeitig begehen damit unser Stationsvorsteher A. Heuser und Lokomotivführer V. Reink: ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Der Vertrag mit der Stadt wegen der Waldbahn läuft 1924 ab. — Unter den Kindern herrschen die Masern epidemisch.

ht. Cronberg, 11. Febr. Auf Anregung der hiesigen Ledenbesitzer wurde hier der Uhr- und Ledenbesitzer eingeleitet.

#### Aus der Umgebung.

##### Beseitigung der Rauch- und Rußbelästigung.

K. K. Frankfurt a. M., 11. Febr. über ein neues Verfahren zur Beseitigung der Rauch- und Rußbelästigung sprach Direktor Vergmann (Hannover) im Technischen Verein. Der Vortragende führte im Hilde einen Kuppelkessel vor, der der Rauch- und Hauskaminsteine aufgesetzt wird, um die im Rauch schwebenden Rußteilchen in seinem Mantelrohr niederschlagen, den abgehenden Rauch also davon zu befreien, und um ferner die schädlichen Abgase (giftige, saure Gase) sofort nach dem Verlassen des Schornsteins in die Luft zu mischen und dadurch unschädlich zu machen. Da sich der Kuppelkessel bewährt haben soll, so besteht die Möglichkeit, endlich in der Bekämpfung der Rauchplage, dieser schädlichen Nebenerscheinung des Maschinenalters, voranzukommen.

##### Ein vereiteter Versuch des Schutzmachinensatzes.

ht. Frankfurt a. M., 11. Febr. Durch das Mißgelingen des amerikanischen Schutzmachinensatzes werden den deutschen Schutzmachinensatzfabrikanten seit Jahren unberechenbare Schäden geschlagen. Ein neuer Versuch, die Trid des Trides, gegen die Verfertiger deutscher Maschinen Patentschutz anzufragen und die betreffenden Maschinenfabriken wirtschaftlich zu erschaffen, ist dieser Tage vor dem Reichsgericht zum Austrag gekommen und zugunsten der angeklagten Roemus-Maschinenfabrik zu Frankfurt-West entschieden worden.

##### Ein neuer „Trid“.

ht. Frankfurt a. M., 11. Febr. Eine recht eigenartige Methode zur Steigerung der Hausmiete hat der sechsfache Hausbesitzer und Bäckermeister Wenzel im Stadtteil Bornheim erfunden. Er forderte keine Mieter, die noch nicht seinen seiner Bäckerlei sind, auf alle Wohnräume bei ihm zu kaufen. Andernfalls stellte er ihnen vom 1. März ab eine erhebliche Steigerung der Wohnungsmiete in Aussicht. Zugleich verbot er den Verkauf von Wohnräumen durch fremde Käufer in seinen Häusern. — Jedenfalls werden sich die meisten Mieter solche Bevormundung nicht bieten lassen.

h. Mainz, 12. Febr. Ein 13jähriger Schüler der Realschule, der wieder der Volkschule überwiesen wurde, hatte gegen die Volkschullehrer Drohungen ausgesprochen. Er wurde hierauf körperlich misshandelt, und man fand bei ihm einen scharf geladenen Revolver und zwei Dolche. Die Waffen wurden ihm abgenommen.

#### Letzte Drahtberichte.

##### Der Eindruck der Kanzlerrede in politischen und parlamentarischen Kreisen.

S. Berlin, 12. Febr. (Fig. Drahtbericht) Die gestrige Reichskanzlerrede beim Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrates findet in politischen und parlamentarischen Kreisen ein durchaus sympathisches Echo. Insbesondere die klaren und dabei so entschiedenen Worte, die der Kanzler gegen die „alle deutsche Sünde des Partikularismus“ gerade an dieser Stelle gesprochen hat, werden dankbar begrüßt werden. Besondere Beachtung aber wird der Passus in der Rede finden müssen, der vom Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt. So wird man es nicht verstehen, wie der Kanzler bei dieser Gelegenheit von „Ausartung demokratischer Einrichtungen“ sprechen konnte, so sehr man es auch billigt, daß er den Geist gemeinsamer Arbeit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens für stark genug hält, um die Kräfte nieder zu halten, die in der gärenden Entwicklung unserer Zeit das Gefüge unserer staatlichen Ordnung niederreißen wollen. Graf Schwerin-Köslitz hatte direkt die Regierung zum Kampfe gegen das Treiben der staats- und gesellschaftsfeindlichen Kräfte aufgerufen. Es ist immer wieder dieselbe Leitmotive, die reaktionäre Partei hat mit allem Aufwand jesuitischer Logik und demagogischer Verdrehungen künstlich den Zorn des Zornes herbeigeführt, als handle es sich dabei nicht um eine Notwehr des Bürgertums, sondern um einen Angriffskampf gegen das Meer und die Kronen. Ganz folgerichtig ruft sie jetzt wieder einmal das Bürgertum zum Kampfe gegen die rote Gefahr. Natürlich denkt sie dabei nicht an einen politischen und erzieherischen Kampf allein, sondern an einen Kampf durch Ausnahmegeetze, bei dem sie den Erfolg einer Machbereicherung für sich selber erhofft. Der Kanzler ist in seiner Rede von dieser Tendenz deutlich abgerückt. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie wird er auch die Unterstützung des liberalen Bürgertums finden, das sich aber mit aller Entschiedenheit auch gegen die konervative Hege, gegen konervative Spitzfindigkeiten und Treibereien und gegen jede Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten zu wahren wissen wird.

##### Der erste direkte drahtlose Telegraphenverkehr zwischen Amerika und Deutschland.

\* **Kauen, 12. Febr.** Die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie hat in den ersten Stunden des heutigen Tages außerordentlich interessante Experimente veranstaltet, zu denen die Vertreter der deutschen Presse geladen waren. Es handelte sich um die Aufnahme eines direkten drahtlosen Telegraphenverkehrs zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, der zum ersten Mal für den öffentlichen Verkehr freigegeben worden war. Das Reichspostamt hat gestattet, daß die große Station Kauen, die sonst nur als Versuchsanstalt den Betrieb führt, Versuchen für den internationalen Privatverkehr entgegennehmen und den Vereinigten Staaten übergeben könne. Dort hat die von der Telefunken-Gesellschaft errichtete Station Seaville auf Long Island die Übermittlung der Telegramme übernommen. Zu-

nächst fand eine Führung durch die Station statt, die der Direktor der Telefunken-Gesellschaft, Graf Arco, übernahm und in liebenswürdiger Weise den anwesenden Pressevertretern Erklärungen machte. Es wurde alsdann nach dem System der 100000 Funken die Verbindung mit Seaville hergestellt. Man konnte deutlich an dem Telefunken-Apparat vernehmen, wie die Station Seaville einen ausgedehnten Pressenachrichtendienst an die auf dem Ozean verkehrenden Schiffe gab. Punkt 5 Uhr 12 Min. traf das erste Telegramm aus New York auf der Station ein, das von der „New York Sun“ an den „Berliner Lokal-Anzeiger“ gerichtet war und die herzlichsten Grüße enthielt. — Von amerikanischen Blättern hatten sich in Seaville eingefunden die Vertreter der „New Yorker Staatszeitung“, der „Sun“, der „Tribune“, der „New Yorker Times“, des „Herald“ und der „World“. Von Berliner Blättern waren vertreten das „Berliner Tageblatt“, der „Lokal-Anzeiger“, die „Nationalzeitung“, die „Tägliche Rundschau“, die „Postische Zeitung“ und die „Morgenpost“. Der Gedankenaustausch wendete sich von Blatt zu Blatt. Einige der Funkentelegramme kamen infolge atmosphärischer Störungen verstimmt an, im ganzen aber verlief der Versuch durchaus glücklich.

##### Eine neue konservative Beschimpfung des Reichstags.

# **Stolz a. P., 12. Febr.** (Fig. Drahtbericht) Auf einem Fest des Bundes der Landwirte in Gölzow hielt der Bezirksvorsitzende v. Bräsewisch-Gambel eine Rede, in der er sich nach der „Comminer Kreiszeitung“ folgende Beschimpfungen des Reichstags leistete: „Dann haben. Ja, da muß man sich den protestierenden Reichstag vorstellen, der mehr einem Komödienthaus gleicht: 1. den zum Himmel schreienden Zentrumsmann, 2. den heulenden Professor der National-liberalen, 3. den die (semiteische) Volksseele darstellenden Semidemokraten (Hofschirrmann), 4. den wütend schimpfenden und tobenden Sozialdemokraten. Was kann man von ihnen jetzt sagen, blamiert bis auf die Knochen, und jeder blamiert sich so gut, wie er kann. Ein Oberst v. Reuter ist für unser deutsches Volk mehr wert als die ganze heulende demokratische Gesellschaft!“

##### Das Berliner Oberhausprojekt in der Budgetkommission.

# **Berlin, 12. Febr.** (Fig. Drahtbericht) Man hatte gehofft, daß in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses die Entscheidung über den Entwurf des Geh. Baurals Hoffmann für den Neubau des Königl. Opernhauses in Berlin fallen würde. Diese Hoffnung ist aber durch einen konservativen Antrag durchkreuzt worden, der heute vormittag in der Kommission gestellt wurde. Der Antrag verlangt, die Beschlußfassung auszuheben, bis die finanziellen Fragen, die mit dem Neubau zusammenhängen, geklärt sind, insbesondere bis ein Beschluß der Stadt Berlin über ihre Beteiligung an den Kosten herbeigeführt worden ist und auch völlige Klarheit geschaffen ist, welche Bedeutung die geplante Grundstücksanbahnung für die Stadtkasse haben wird.

##### Vom Prinz-Heinrich-Flug 1914.

wh. Straßburg i. E., 12. Febr. Das preussische Kriegsministerium hat zu den Kosten des Prinz-Heinrich-Fluges 1914 einen Zuschuß von etwa 20 000 M. in Aussicht gestellt und wird außerdem einen Ehrenpreis für den Flug stiften. Auch das bayerische Kriegsministerium hat jetzt eine Beteiligung von bayerischen Offizieren zugesagt.

##### Die Kongo-Kamerun-Grenze.

hd. Paris, 12. Febr. Der „Matin“ dementiert die Information der deutschen Presse, wonach die deutsch-französische Kommission zur Festlegung der Kongo-Kamerun-Grenze ihre Arbeiten beendet habe. Das Blatt erklärt, daß in diplomatischer Hinsicht noch manches zu erledigen sei, und daß auch noch manche technische Arbeit vollbracht werden müßte. Sobald alles dieses geschehen ist, wird sich die Kommission erneut vereinigen, um die Grenzlinien festzulegen.

##### Aus der Kongokolonie.

wh. Brüssel, 12. Febr. Die „Tribune Congolaise“ berichtet nach einem Briefe aus der Kongokolonie, daß in der Kassaigegend ein Aufstand ausgebrochen sei. Drei Soldaten und 46 Eingeborene seien in einem Kampf getötet worden. Die Soldaten sollen den Richter zu einer Untersuchung begleitet haben. Es wird eine starke Militärexpedition vorbereitet, um die Ruhe wiederherzustellen. Nach einer Anfrage beim Kolonialministerium ist die Nachricht stark übertrieben. Es sei lediglich wahr, daß ein Richter in der Gegend eine Untersuchung anstellen wollte und von einer Kolonne angegriffen wurde. Von Getöteten sei nichts bekannt.

##### Die Regelung der Putilowfrage.

wh. Petersburg, 12. Febr. Die französischen und russischen Finanzdelegierten sind übereingekommen, je eine Hälfte des 34 Millionen Rubel betragenden Kapitals der Putilowwerke zu übernehmen. Von diesem Kapital sind 13 Millionen Aktien, 15 Millionen Obligationen und 6 Millionen dienen zum Ankauf der Newskiwerte. Die Aktien und die Obligationen werden an der Pariser Börse emittiert werden.

##### Eine bemerkenswerte englische Flottenreise.

wh. London, 12. Febr. Der Rivollord der Admiralität, Lambert, hielt in Truro eine Rede, in der er ausführte, daß mit den Kosten für einen einzigen Dreadnought 10 000 Bauernhäuser gebaut werden könnten. Diese Tatsache habe einen tiefen Eindruck auf die britische Öffentlichkeit gemacht, und er hoffe, daß sie auch bei der deutschen, russischen, österreichischen, französischen und italienischen Bevölkerung Eindruck machen werde.

##### Veränderungen im englischen Kabinett.

wh. London, 12. Febr. Die Ernennung von John Durni zum Handelsminister, Rafterman zum Kanzler des Exchequers, Lancaster, Gohhouse zum Postminister und Herbert Samuel zum Präsidenten des Kontrollamtes der Lokalverwaltung wurde amtlich bekannt gegeben.

##### Der Prinz zu Wied und der Vatikan.

h. Rom, 12. Febr. (Fig. Drahtbericht) Wie gestern abend eine Note der „Tribuna“ meldete, wurde der Besuch des Prinzen zu Wied im Vatikan, der auf heute nachmittag festgesetzt war, aufgegeben. Wie aus vatikanischen Kreisen verlautet, wird das Unterbleiben des Besuchs im Vatikan dort



**Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.**

Abdruckdirektor: H. Oegerhofs

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Oegerhofs; für den Feuilleton: G. v. Raundstedt; für Stadt und Land: G. Kretschmer; für Mecklenburg: D. Fleckenstein; für Sport und Spiel: A. Wünnenberg; für Vermischtes und Briefkasten: G. Weandert; für Gabel: A. Eick; für die Anzeigen und Ankündigungen: D. Tornatzki; sämtlich in Wismar.

Druck und Verlag der H. Scheffenberg'schen Buchdruckerei in Wismar.

Erstausgabe der Revolution: 18 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung



